

rechte entgegenzusetzen (ebd., SWB, 6., 15.3.00; vgl. C.a., 2000/02, Ü 11).

Der Fall ist insofern aufschlussreich, als er die hochgradige Sensibilität der parteistaatlichen Instanzen gegenüber ideologischen Herausforderungen ihres Herrschaftsanspruchs bestätigt, die sie in verschiedenen religiösen und spirituellen Bewegungen vermuten. Im Unterschied zu den vielfältigen staatlichen Maßnahmen gegen Falungong, die in Form einer breit angelegten öffentlichen Kampagne ergriffen worden sind, wurden die repressiven Maßnahmen gegen Zhonggong jedoch bisher nicht in die Öffentlichkeit getragen. -hol-

20 Neue Kleiderordnung für Richter

Nach einer Entscheidung des Obersten Volksgerichtshofes von Anfang März wird für Richter eine neue Kleiderordnung eingeführt (*Fazhi Ribao*, 8.3.00).

Bisher hatten die Richter im Amt Uniformen und Mützen im militärischen Stil getragen. In Absprache mit NVK- und anderen öffentlichen Vertretern wurden nun Designs für eine neue Berufskleidung „2000“ entworfen. Danach sollen in Zukunft Richter und Staatsanwälte Anzüge im westlichen Stil tragen; für höherrangige Richter wurde eine Robe nach angelsächsischem Muster entworfen (Abb. ebd.). Die neue Kleiderordnung wird zu nächst in Beijing, Shanghai, Hainan, Shenzhen, Dalian und Qingdao eingeführt; im Laufe des nächsten Jahres soll sie dann landesweit gelten.

Offenbar ist die neue Kleiderordnung Teil der staatlichen Bemühungen, dem chinesischen Rechtssystem ein „modernes“ Image zu verleihen. -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

21 Regierungsbericht: Wissenschaft und Bildung

In seinem Regierungsbericht auf der 3. Vollversammlung des 9. Nationalen Volkskongresses am 5.3.2000 be-

stätigte Ministerpräsident Zhu Rongji den wissenschafts- und bildungspolitischen Kurs der letzten Jahre. An erster Stelle rief er dazu auf, die Strategie zu verwirklichen, China durch Wissenschaft und Bildung zur Blüte zu führen. In wissenschaftspolitischer Hinsicht setzte er folgende Akzente: Wissenschaft und Technik sollen eng mit der Wirtschaft zusammenarbeiten, insbesondere sollen die traditionellen Betriebe durch moderne Technik aufgerüstet werden, um ihre Innovationsfähigkeit zu stärken. Es wird vorrangig auf neue und Hochtechnologien gesetzt, gefordert wird die schnelle Umsetzung neuer Entwicklungen, damit wettbewerbsfähige Güter und Betriebe in diesem Bereich entstehen können. Staatliche Entwicklungszonen für Produkte in neuen Technologien und High Tech-Produkte sollen weiter gefördert werden. Zugleich sollen Grundlagenforschung und eine entsprechend hochqualifizierte Forscherelite gestärkt werden. Anwendungsorientierte Forschung soll vorwiegend in Unternehmen verlagert werden. Die Investitionen in Wissenschaft und Bildung sollen steigen. Die Geistes- und Sozialwissenschaften sollen theoretische und praktische Probleme erforschen, die die Reform- und Öffnungspolitik sowie die Modernisierung mit sich bringen. Sie sind aufgerufen, sich dem Aufbau eines Sozialismus mit chinesischen Kennzeichen zu widmen. (Vgl. Abdruck der Rede in RMRB, GMRB, 17.3.00) Während Naturwissenschaften und Technische Wissenschaften in erster Linie auf die Wirtschaft ausgerichtet sein sollen, kommen den Geistes- und Sozialwissenschaften eher politische Aufgaben zu.

Für die Bildungspolitik nannte Zhu Rongji die beiden Schwerpunkte Qualitätsbildung und moralische Bildung. Er sprach auch das im Vorfeld der Vollversammlung heiß diskutierte Thema der zu hohen Belastung der Schüler an, indem er eine Verringerung der Belastung forderte. Neben der Einführung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht und der Abschaffung des Analphabetentums unter jüngeren Menschen stehen als neue Schwerpunktziele der Ausbau der Sekundarstufe II, der tertiären Bildung und der Berufsbildung an. Der Umfang der Hochschulzulassungen soll erweitert werden. Ausdrück-

lich sollen nicht staatliche Schulen weiter ausgebaut werden. Außer dem Bildungsministerium und einer kleinen Anzahl zentraler Regierungsstellen sollen weder der Staatsrat noch sonstige zentrale Abteilungen Schulen direkt verwalten; stattdessen sollen die betr. Schulen gemeinsam von der Zentrale und der jeweiligen Provinzregierung verwaltet werden, wobei Letztere die Hauptrolle spielt. (Ebd.)

Die Regierung hofft, bis Ende dieses Jahres die beiden wichtigsten bildungspolitischen Ziele (neunjährige Schulpflicht und Abschaffung des Analphabetentums) im Wesentlichen erreicht zu haben, obwohl beide Ziele zumindest unter dem Aspekt der Konsolidierung weiter auf der Tagesordnung bleiben. Neue Schwerpunkte werden nun der Ausbau der weiterführenden Bildung und die Qualitätsbildung.-st-

22 Förderung der Grundlagenforschung

Auf einer Ende März 2000 einberufenen nationalen Tagung über Grundlagenforschung wurden Angaben zu den staatlichen Investitionen in die Grundlagenforschung gemacht. Danach investierte der Staat (einschließlich der Lokalregierungen, d.h. im Wesentlichen der Provinzen) 4,9 Mrd. Yuan in die Grundlagenforschung. Damit, so heißt es, sind die diesbezüglichen Mittel seit 1989 im Jahresdurchschnitt um etwa 20% angestiegen (RMRB, 28.3.00). Wie sich die Mittel im Einzelnen zusammensetzen, wird nicht mitgeteilt. Bekannt ist, dass ein großer Teil der Grundlagenforschung über die 1986 gegründete Staatliche naturwissenschaftliche Stiftung (SNS) finanziert wird. Einen Anhaltspunkt über die Höhe dieses Anteils erhält man, wenn man zu der Angabe in dem zitierten Zeitungsbericht eine Aussage in Beziehung setzt, die der Präsident der SNS Chen Jia'er wenige Tage zuvor machte. Ihm zufolge hat die SNS im Jahre 1999 insgesamt 1,04 Mrd. Yuan für Grundlagenforschung zur Verfügung gestellt (XNA, 22.3.00). Dies bedeutet, dass von den für Grundlagenforschung von Seiten des Staates aufgewendeten Mitteln nur etwa ein Viertel von der SNS kommt. Daraus ist zu schließen, dass der überwiegende Teil der Grundla-

genforschung nach wie vor von den Akademien und Hochschulen selbst finanziert wird und nicht über SNS-Projekte.

Grundlagenforschung wird hauptsächlich im Rahmen von zwei staatlichen Programmen gefördert. Das eine ist der „Gipfelerklimmungsplan“ („*pan-deng*“ *jihua*). Dieser Wissenschaftsplan wurde 1991 eingerichtet mit dem Ziel, Durchbrüche in der Grundlagenforschung zu erreichen. Aus ihm wurden in den neunziger Jahren rund 70 Projekte finanziert. Das zweite ist der 1997 verabschiedete „Staatliche Plan zur Entwicklung schwerpunktmäßiger Grundlagenforschung“ (*guojia zhong-dian jichu yanjiu fazhan guihua*). Er wurde ausdrücklich mit der Maßgabe eingerichtet, „die Grundlagenforschung enger mit der objektiven Realität der Volkswirtschaft und der gesellschaftlichen Entwicklung zu verbinden“. Bereits an dieser Formulierung wird deutlich, dass Grundlagenforschung nach chinesischem Verständnis stark auf die Praxis ausgerichtet ist. Dies zeigen auch die Themenbereiche, die im Rahmen dieses Plans schwerpunktmäßig gefördert werden: Agrarwirtschaft, Energiequellen, Informatik, Ressourcen und Umwelt, Bevölkerung und Gesundheit sowie Materialien, also Themen, die für die sozioökonomische Entwicklung von Bedeutung sind. Gegenwärtig werden aus diesem Programm 60 Projekte gefördert. (Vgl. RMRB, 28.3.00) Wiederum von Chen Jia'er war zu erfahren, dass von diesen 60 Projekten 85% aus Mitteln der SNS gefördert werden (XNA, 22.3.00).

Ein besonderes Anliegen der staatlichen Wissenschaftsorgane, namentlich der SNS, ist die Förderung junger Nachwuchswissenschaftler. Von 1986 bis 1999 hat sich der Anteil der unter 35-Jährigen, der durch die SNS gefördert wurde, von 1,3% auf 28,3% erhöht, derjenige der unter 45-Jährigen von 12,2% auf 64,6%. Von den Wissenschaftlern, die im Rahmen des „Staatlichen Plans zur Entwicklung schwerpunktmäßiger Grundlagenforschung“ seit 1998 finanziert werden, sind bereits 60% unter 35 Jahre alt. (RMRB, 28.3.00)

Speziell zur Nachwuchsförderung wurde 1994 ein Fonds zur Förderung junger Wissenschaftler unter 45 Jah-

ren eingerichtet. Bislang sind aus diesen Mitteln 6.000 Wissenschaftler unterstützt worden, darunter etwa zehn Prozent herausragende Jungwissenschaftler. Im Jahre 1998 wurde ein weiterer Spezialfonds gegründet, mit dessen Mitteln Projekte junger chinesischer Wissenschaftler, die im Ausland leben, gefördert werden. Sinn dieses Fonds ist es, die betr. Nachwuchswissenschaftler zur Rückkehr nach China zu bewegen. (XNA, 21., 22., 23.3.00)

Auf der erwähnten Tagung wurden nicht nur die Fortschritte in der Wissenschaftsförderung erwähnt, sondern es wurde auch betont, dass Niveau und Qualität noch längst nicht den Anforderungen des Staates entsprechen und dass vor allem noch ein großer Abstand zu den entwickelten Ländern bestehe. Nur etwa 5% von Chinas Grundlagenforschung, so heißt es, könne mit der Grundlagenforschung der entwickelten Länder konkurrieren. (RMRB, XNA, 28.3.00) -st-

23 Aufbauplan West: Wissenschaft und Bildung

Im Aufbauplan West, mit dem die sozioökonomische Entwicklung Westchinas gefördert werden soll, spielen auch Wissenschaft und Bildung eine wichtige Rolle. Um die Lebensverhältnisse der ländlichen Bevölkerung in den Westgebieten zu verbessern, muss das wissenschaftlich-technische Niveau in der Landwirtschaft erhöht werden. Diesem Zweck dient der sog. „Funkenplan“, der 1985 mit dem Ziel eingerichtet wurde, technische Neuerungen auf dem Lande einzuführen, seien dies nun neue Anbautechniken oder neue Verfahren für die lokale Industrie. Während der Funkenplan in der ländlichen Wirtschaft im eigentlichen China bereits große Wirkung zeigt, hat er die Gebiete im Westen des Landes bislang kaum erreicht. Dies soll nun anders werden, denn künftig soll die Hauptstoßrichtung des Funkenplans sich gen Westen richten. Geplant ist die Einführung moderner Methoden und Techniken in der Agrar- und Weidewirtschaft der ländlichen Gebiete im Westen. So sollen die ländliche Industrialisierung und die Verarbeitung ländlicher Nebenprodukte vorangetrieben, neue Pflanz- und Züch-

tungsmethoden angewandt und ausgesuchte Handwerkzweige mit nationalen oder lokalen Besonderheiten entwickelt werden. Außerdem sollen in der Forst- und Graswirtschaft Techniken zur Anwendung kommen, die die Umwelt bewahren und die ländliche Bevölkerung aus der Armut führen können. Unter Ausnutzung der eigenen Vorteile der westlichen Gebiete sollen Landwirtschaft und ländliche Wirtschaft innerhalb kurzer Zeit einen deutlichen Wandel erfahren. (RMRB, 23.3.00, S.5)

Zur Entwicklung des Bildungswesens im Westen hat das Bildungsministerium sehr konkrete Maßnahmen beschlossen (vgl. GMRB, 17.3.00, A3):

1. Der Ausbau der Grundbildung soll durch vermehrte staatliche Unterstützung beschleunigt werden. In den beiden letzten Jahren hat die Zentrale bereits 1,6 Mrd. Yuan für die Einführung der Schulpflicht in diesen Gebieten zur Verfügung gestellt. In diesem Jahr werden dafür wiederum 800 Mio. Yuan bereitgestellt.

2. Um die Grund- und Mittelschulen in den Westgebieten zu unterstützen, wird in ganz China ein „Projekt zur schulischen Unterstützung der Armutsgebiete“ ins Leben gerufen. Im Rahmen dieses Projekts werden für einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren 100 Schulen mit relativ guten Bedingungen in den entwickelten Ostprovinzen ausgewählt, die 100 Schulen in Armutsgebieten der westlichen Provinzen unterstützen. Entsprechend unterstützen Schulen in den großen und mittelgroßen Städten der Westgebiete Schulen in den Armutsgebieten ihrer eigenen Provinz.

3. Schwerpunktmäßig soll die Infrastruktur für Fernunterricht und Fernstudium in den Westgebieten ausgebaut werden. Insbesondere soll das Bildungs- und Forschungsnetz CER-NET auf Provinzebene erweitert werden, an das die Hochschulen im Westen, die wichtigsten Fachmittelschulen sowie Mittel- und Grundschulen und einige besonders geförderte Schulen in den Nationalitätengebieten angeschlossen werden sollen.

4. Es sollen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um das Niveau der Schullehrer und Schulleiter anzuheben. Zu diesem Zweck wurde u.a.

ein Fernbildungsprogramm aufgelegt, mit dem Lehrerinnen in 1.000 Gemeinden und Kleinstädten ausgebildet werden.

5. Der Ausbau des Hochschulwesens soll dynamisch und ausgewogen vorangetrieben werden. Der u.a. von der Agrarhochschule des Nordwestens, der Forsthochschule des Nordwestens und weiteren Bildungsinstitutionen und Forschungsorganen betriebene Aufbau der Nordwestlichen Hochschule für Agrar- und Forstwissenschaft und -technik soll zügig weitergehen. Die Jiaotong-Universität in Xi'an soll zu einer Universität mit Weltniveau ausgebaut werden. Die Universitäten Lanzhou, Sichuan und Chongqing sowie die anderen Schwerpunktuniversitäten des Westens sollen verstärkt unterstützt werden. Außerdem sollen schnell die dringend für den Aufbau West erforderlichen hochqualifizierten Fachkräfte ausgebildet werden, d.h. Studiengänge für Grund- und Fachstudien sowie für Postgraduiertenstudien zum Erwerb eines Magister- oder Dokortitels aufgebaut werden. Hochschulen des Ostens sollen Hochschulen des Westens auf verschiedene Art und Weise helfen, und zugleich sollen die Hochschulen in Ost- und Mittelchina mehr Studienplätze für Studenten aus dem Westen zur Verfügung stellen.

6. Im eigentlichen China soll die Bildung für Angehörige nationaler Minderheiten verbessert werden, namentlich für Tibeter und Xinjianger. An den Hochschulen sollen Vorbereitungskurse für Nationalitäten-Angehörige durchgeführt werden, entsprechend auf der Sekundarstufe II auch speziell für Xinjianger. In diesem Jahr stellt die Zentrale 20 Mio. Yuan zur Verbesserung der Tibet-Klassen bereit. Die Xinjiang-Klassen an den ost- und mittelchinesischen Hochschulen sollen in den kommenden fünf Jahren erweitert werden; insgesamt sollen pro Jahr 1.000 Studenten aus Xinjiang zugelassen werden. Ab diesem Jahr sollen zwölf Großstädte in Ost- und Mittelchina, darunter Beijing und Shanghai, auf der Sekundarstufe II spezielle Klassen für Schüler aus Xinjiang einrichten; dafür stellt der Staat über 87 Mio. Yuan bereit.

7. Durch verschiedene Maßnahmen und Anreize sollen hochqualifizierte

Fachleute, auch zurückgekehrte Auslandsstudenten, dazu bewegt werden, im Westen Unternehmen zu gründen.

8. Soweit möglich, soll die Forschung des ganzen Landes das Projekt Aufbau West unterstützen.

9. Der Austausch zwischen Kadern der Bildungsbehörden und Schulleitern des Westens mit den entsprechenden Partnern in Ost- und Mittelchina soll intensiviert werden. Vorgesehen sind Weiterbildung, gemeinsame Tagungen und Hospitationen.

10. Im 10. Fünfjahres-Bildungsplan (2001-2005) soll das Bildungswesen in Westchina eine Vorrangstellung einnehmen mit dem Ziel, den Abstand zum Bildungswesen im Osten schnellstens zu verringern.

Dieser zehn Punkte umfassende Maßnahmenkatalog des Bildungsministeriums scheint durchaus geeignet, die Entwicklung des Schulwesens sowie die Ausbildung von Lehrern (insbesondere Lehrerinnen, die in den islamischen Gebieten für die Mädchenbildung erforderlich sind) und anderen Fachleuten voranzutreiben. Allerdings ist das Programm von der Zentrale in Beijing entworfen worden und wird in den westlichen Gebieten, wo hauptsächlich ethnische Minderheiten leben, nach den von den Han-Chinesen für gut befundenen Grundsätzen durchgeführt. Den Nationalitäten bleibt wenig Spielraum für eine eigene Gestaltung ihres Bildungswesens. Es ist daher zu fragen, inwieweit die chinesische Bildungspolitik in diesen Gebieten überall bejaht wird. Die Intention der Zentrale ist jedenfalls deutlich zu erkennen: Man strebt eine Vereinheitlichung des Bildungswesens in China an. Davon allerdings ist die schulische Wirklichkeit noch weit entfernt. Fraglich ist auch, ob zurückgekehrte Auslandsstudenten bereit sind, in den unterentwickelten westlichen Gebieten tätig zu sein. Die in dem zitierten Bericht (GMRB, 17.3.00) angegebene Zahl von lediglich 200 Auslandsstudenten, die in den drei Jahren von 1996 bis 1999 nach Westchina gegangen sind, spricht nicht gerade für einen besonderen Enthusiasmus. -st-

24 Rede Jiang Zemin über Fragen der Erziehung

Am 1. März 2000 veröffentlichten die großen Tageszeitungen eine Rede von Staatspräsident Jiang Zemin zu Fragen der Erziehung (RMRB, GMRB, 1.3.00). Aktueller Anlass für die Rede, die Jiang bereits am 1. Februar gehalten hatte, war der Fall eines Schülers, der seine Mutter ermordete, weil er ihrem Druck nicht mehr standhielt, bessere schulische Leistungen zu erbringen. Dieser und ähnliche Fälle schockieren die Öffentlichkeit in China und haben eine heftige Debatte über das chinesische Schulsystem ausgelöst, insbesondere über die zu große Belastung der Schulkinder (vgl. C.a., 2000/2, Ü 19). Jiang äußert Verständnis für Eltern, die möchten, dass ihr einziges Kind im Leben erfolgreich ist und dass sie deshalb Wert darauf legen, ihrem Kind eine bessere Erziehung zuteil werden zu lassen. Diesem Streben der Eltern, dass die Kinder eine gute Bildung erhielten und ihr Lernerfolg gefördert werde, hätten die Schulen und Bildungsämter Rechnung zu tragen. Zugleich aber gibt Jiang zu, dass die Belastung der Schüler gegenwärtig zu groß sei und dass dies erheblichen psychischen Druck auf sie ausübe, was einer gesunden Entwicklung der Kinder nicht förderlich sei.

Die Ursache für eine solche Fehlentwicklung sieht Jiang Zemin in einer Überbetonung von reinem Buchwissen, wie sie an einer ganzen Reihe von Schulen herrsche. Dies führe zum einen dazu, dass die ideologisch-moralische Bildung sowie die Erziehung in Disziplin und im Rechtssystem zu kurz kämen, und zum anderen dazu, dass außerschulische Aktivitäten vernachlässigt würden. Er hält es für richtig, dass Schule und Familie die Kinder zum fleißigen Lernen und harten Studium ermuntern; allerdings könne man die Kinder nicht den ganzen Tag mit ihren Büchern im Zimmer einschließen, vielmehr müsse man sie in der gesellschaftlichen Praxis Erfahrungen sammeln lassen. Entsprechend fordert er die Verbindung von Erziehung und sozialer Praxis. China brauche zwar qualifizierte Fachleute, aber es sei unrealistisch zu meinen, jeder müsse eine Universität besuchen. Die Gesellschaft benötige alle möglichen Fachleute, gerade auch solche mit

praktischen und technischen Fähigkeiten.

Zwei Dinge empfiehlt der Präsident: Erstens soll sich die gesamte Gesellschaft um das Bildungswesen kümmern und es unterstützen. Zweitens soll die ideologische Erziehung, namentlich die Erziehung zu Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus verstärkt werden, damit die Kinder die richtige Welt- und Lebensanschauung und die richtigen Wertvorstellungen erhalten. Ungesunde Tendenzen und schlechtes Betragen an den Schulen dürften nicht geduldet, Gesetzesverstöße müssten geahndet werden. Auch sei die Arbeit mit den Eltern der Schüler zu intensivieren. Es müsse eine friedliche, harmonische und gesunde Lernatmosphäre für die Schüler geschaffen werden. Nur wenn sowohl auf Bildung als auch auf ideologische Arbeit bei den Schülern Wert gelegt werde, könne die Strategie verwirklicht werden, dass Wissenschaft und Bildung das Land zur Blüte führen.

Diese Rede Jiang Zemins ist insofern von Bedeutung, als sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Bildungswesen lenkt. Sie unterstreicht damit die Ernsthaftigkeit, mit der der Staat die Strategie verfolgt, das Land auf der Grundlage von Wissenschaft und Bildung zu modernisieren. Bemerkenswert ist, dass die aktuellen Probleme Jiang nicht dazu veranlassen, eine Reform des prüfungs- und leistungsorientierten Schulwesens zu fordern, sondern dass er es ganz im Sinne der traditionellen Hochschätzung für Bildung und Lernen für richtig hält, die Schulkinder zum Lernen zu motivieren. Allerdings soll die Schule seiner Meinung nach nicht nur Wissen, sondern auch praktische Kenntnisse und soziale Kompetenz vermitteln. Den wichtigsten Bildungsauftrag der Schule, aber auch der Familie sieht er jedoch in der moralisch-ideologischen Erziehung der Jugend. Doch sind schlechtes Betragen und Gesetzesverstöße an den Schulen nicht allein auf mangelnde Moral zurückzuführen. Pädagogen verlangen schon seit Jahren, den von früh an auf den Schulkindern lastenden Leistungsdruck zu vermindern, und es gibt erste Anzeichen, dass dieses Problem in Angriff genommen wird. So hat das Bildungsministerium kürzlich verfügt, die Hausaufgaben der Schüler zu redu-

zieren; Grundschüler sollen ihre Hausaufgaben möglichst in der Schule machen und zu Hause davon befreit sein (XNA, 3.3.00). -st-

25 Erste Online-Hochschule

Am 1. April wird die erste Online-Hochschule Chinas, die China Net University, ihren Betrieb aufnehmen. Sie wird gemeinsam von der Beijinger Qinghua-Universität und der Kommission für Wissenschaft und Technologie der Stadt Beijing betrieben. Diese Online-Hochschule ist speziell für die Ausbildung von Computerfachleuten vorgesehen, und zwar bietet sie vierjährige Postgraduiertenkurse in angewandter Computerwissenschaft an. Voraussetzung für ein Studium an der Hochschule ist ein abgeschlossenes Grundstudium mit Bachelor-Grad. Aufnahmeprüfungen sind nicht erforderlich; die Bewerber brauchen auch nicht ihre gesamte Zeit für dieses Studium aufzuwenden, d.h. sie können nebenher beruflich tätig sein. Die Absolventen des Online-Studiums erhalten nach bestandenen Prüfungen für alle Kurse ein Zeugnis für ein Postgraduiertenstudium in angewandter Computerwissenschaft, das von der Postgraduiertenschule und der Hochschule für Fortbildung an der Qinghua-Universität ausgestellt wird. Um den Magister an der Qinghua-Universität zu machen, müssen jedoch die nationalen Postgraduiertenprüfungen für Englisch und Allgemeinwissen absolviert werden. (XNA, 23.3.00)

Wie viele Länder hat auch China einen großen Bedarf an Computerfachleuten, denn die Informationstechnologie bildet einen der Schwerpunkte der wissenschaftlich-technischen Modernisierung. Der Vorteil des angebotenen Studiengangs ist, dass das Studium flexibel, d.h. auch in Teilzeit absolviert werden kann. Da die VR China bereits eine etablierte Tradition des Fernstudiums aufweisen kann, dürfte das Online-Studium großen Anklang finden. -st-

26 Geburtenkontrolle weiterhin erforderlich

Partei und Regierung haben kürzlich einen Beschluss über die Stärkung der Bevölkerungs- und Gebur-

tenplanungsarbeit zur Stabilisierung des niedrigen Geburtenniveaus erlassen. In dem Dokument wird betont, dass das Bevölkerungswachstum weiter zu begrenzen sei, dass das niedrige Geburtenniveau stabilisiert und die Qualität der Bevölkerung angehoben werden müsse. Dies blieben langfristige Aufgaben, die für die Existenz und Entwicklung der chinesischen Nation entscheidend seien. Zwar sei das derzeitige niedrige Geburtenniveau dem der entwickelten Staaten vergleichbar, hieß es, doch sei dieses Niveau in China keinesfalls stabil. Auf Grund der ungleichgewichtigen regionalen Entwicklung und des noch ungenügend ausgebauten Sozialversicherungssystems sei die Geburtenplanung in vielen Gegenden immer noch schwer durchzusetzen. Nach Prognosen der Regierung wird die Bevölkerung Chinas in den kommenden zehn und mehr Jahren im Jahresdurchschnitt um 10 Millionen wachsen. Mitte des Jahrhunderts wird die Bevölkerung die höchste Zahl erreichen, erst danach wird sie allmählich abnehmen. Das jetzt erlassene Dokument benennt die Ziele und Aufgaben der Bevölkerungs- und Familienplanungspolitik. (RMRB, 23.3.00, S. 4) Auf einer Konferenz über Bevölkerungskontrolle, natürliche Ressourcen und Umweltschutz nannte Jiang Zemin als Ziel, die Bevölkerungsziffer bis zum Jahre 2010 nicht über 1,4 Milliarden anwachsen zu lassen (RMRB, XNA, 13.3.00).

Dass die staatliche Geburtenkontrollpolitik vielerorts nach wie vor umgangen wird und daher aus Sicht der Regierung weiterhin auf deren strikte Einhaltung gedrungen werden muss, zeigt ein Beispiel aus der Provinz Guangdong. Dort waren in einer Kleinstadt in der Nähe von Wuchuan kürzlich gravierende Verstöße gegen die staatliche Ein-Kind-Politik aufgedeckt worden. Seit mehreren Jahren hatten die zuständigen örtlichen Stellen gefälschte Geburtenziffern an die Provinzregierung gemeldet. Nun wurde festgestellt, dass gut 52% aller Haushalte der Kleinstadt mehr als drei Kinder und zwei sogar zehn Kinder haben. Die Kader ließen sich bestechen oder kassierten die Bußgelder selber. Doch die Verstöße geschahen nicht nur mit deren Wissen, sondern Parteikader waren selbst betei-

ligt. Von 25 Parteimitgliedern haben 21 drei und mehr Kinder, und von den acht Mitgliedern des örtlichen Parteikomitees haben fünf mindestens vier Kinder. Trotzdem wurde von 1996 bis 1998 niemand von ihnen bestraft. Die Aufsichtsgremien der Partei der nächst höheren Ebene haben jetzt zwölf Kader bestraft und Sanktionen gegen den stellvertretenden Bürgermeister von Wuchuan und den Leiter des dortigen Familienplanungsbüros ausgesprochen. (RMRB, 24.3.00, S. 8 u. SCMP, 28.2.00)

Das Beispiel zeigt, dass es weit verbreitete Praxis ist, gefälschte Geburtenziffern an die höheren Verwaltungsstellen zu melden, sodass man zu Recht vermuten muss, dass die amtlichen Bevölkerungsziffern zu niedrig sind. Möglich ist die Umgehung der Ein-Kind-Politik nur im Einvernehmen mit den örtlichen Kadern. Angesichts von deren Bestechlichkeit wird auch der für den Herbst angesetzte Zensus kaum in der Lage sein, die tatsächliche Bevölkerungszahl zu ermitteln. -st-

Außenwirtschaft

27 Erneutes Scheitern der bilateralen WTO-Aufnahmesprache zwischen China und der EU

Zur dritten bilateralen Verhandlungsrunde über den WTO-Beitritt traf der EU-Kommissar Pascal Lamy am 28. März in Beijing ein. Während seines Besuchs in Beijing sprach Lamy mit dem Außenwirtschaftsminister Shi Guangsheng sowie mit Ministerpräsident Zhu Rongji. Lamy wurde auf seiner Reise von einem Expertenteam begleitet, dass auf Fragen des Marktzugangs für Industrie- und Agrargüter und Dienstleistungen spezialisiert ist.

Ebenso wie die vorherigen Gespräche über die Bedingungen des WTO-Beitritts im Januar und Februar schloss auch diese viertägige Verhandlungsrunde ohne ein endgültiges Abkommen. Konkrete Verhandlungspunkte wurden nicht genannt. Ein Termin für die nächste Gesprächsrunde steht noch nicht fest.

In einem offiziellen Kommentar wies die EU darauf hin, dass zwar beide Verhandlungsseiten Zugeständnisse gemacht hätten, die Unterschiede in den Positionen jedoch noch zu groß gewesen seien. Pascal Lamy wird mit der Aussage zitiert, dass „a final package should be balanced, taking due account of the specificity of the important trading relationship between the EU and China“. (http://europa.eu.int/comm/trade/whats_new/eu_ch.htm; NZZ, 1.4.00)

In einem Gespräch mit dem *Handelsblatt* vom 16.3.2000 hatte Lamy vor seiner Reise nach Beijing angekündigt, dass die EU in bestimmten Marktbereichen eine größere Öffnung erwarte als die USA. Dies gelte z.B. für Lebensversicherungen, Mobilfunkunternehmen und den Transportsektor. So fordert die EU eine Beteiligung von 51% bei Joint-Venture-Unternehmen der mobilen Telekommunikation.

Wie das *Handelsblatt* berichtet, soll die chinesische Seite in den ersten zwei Verhandlungsrunden keine Bereitschaft zu Zugeständnissen an die europäische Seite gezeigt haben, noch nicht einmal bei technischen Fragen.

Mit einigen anderen Ländern hat China zwischenzeitlich ein bilaterales Protokoll unterzeichnet. Dazu gehört beispielsweise Argentinien. (XNA, 13.3.00) Außer mit der EU müssen noch Abkommen mit Costa Rica, Ecuador, Guatemala, Kirgistan, Lettland, Mexiko, Polen und der Schweiz abgeschlossen werden. Die EU ist jedoch die wichtigste Barriere innerhalb der Gruppe dieser WTO-Mitgliedsstaaten, die zunächst bilateral zustimmen müssen, bevor auf multilateraler Ebene ein Beitrittsprotokoll zwischen der WTO und China unterzeichnet werden kann.

Ende März reiste eine chinesische Delegation zum WTO-Sitz nach Genf, um die angeforderten Dokumente über das chinesische Handelsrecht und das Außenhandelsregime insgesamt der Arbeitsgruppe China vorzulegen. Long, der Delegationsleiter der chinesischen Seite, nannte 177 Gesetze und Bestimmungen, aus denen das neue Memorandum besteht. Es bezieht sich auf die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Chinas mit dem Ausland und behandelt schwerpunktmäßig Gesetze und Bestimmungen in den Berei-

chen Zollverwaltung, Im- und Export und Auslandsinvestitionen. Long kündigte an, dass die chinesische Regierung solche Gesetze und Bestimmungen anpassen werde, die als nicht kompatibel mit den WTO-Richtlinien gelten würden. (XNA, 23.3.00) -schü-

28 Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und China

Die EU ist für China auch im letzten Jahr einer der wichtigsten Handelspartner gewesen.

Im Jahr 1999 belief sich das bilaterale Handelsvolumen nach chinesischen Zollstatistiken auf 55,7 Mrd. US\$. Gegenüber 1998 stieg damit das Handelsvolumen um 14%. Chinesischen Exporten in die EU in Höhe von 30,2 Mrd. US\$ (+7,3%) standen Importe in Höhe von 25,5 Mrd. US\$ (+23,2%) gegenüber. Hinter Japan und den USA lag damit die EU an dritter Stelle der wichtigsten Handelspartner Chinas.

Zu den wichtigsten Exporten Chinas in die EU zählen Bekleidung, Textilgarne und -stoffe, Schuhe, Koffer, Spielzeug, Radios, pharmazeutische Produkte, Kunststoffprodukte, Holzkohle, Werkzeuge und Maschinen. Aus der EU importiert China vor allem Elektroprodukte, Weizen, Kunststoffe, Speiseöl, Papierprodukte, pharmazeutische Produkte, Kunstdünger, Kupferlegierungen und Stahlprodukte.

Die EU zählt zu den wichtigsten Technologielieferanten Chinas. Zwischen Januar bis September 1999 verzeichnete der bilaterale Handel 280 Technologielieferungen aus der EU nach China. Wertmäßig betrachtet, war dies ein Anteil von 65,8% der gesamten Technologieeinfuhren.

Zu den bilateralen Projekten zählt beispielsweise die Zusammenarbeit in den Bereichen Ausbildung, Wissenschaft, Technologie und Entwicklungshilfe. Von besonderer Bedeutung ist die gemeinsam aufgebaute EU-China School of Business Administration. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wird erleichtert durch fünf bilaterale Arbeitsgruppen zu Fragen von Wirtschaft und Handel, zu Wissenschaft und Technologie, zum Umweltschutz, zur Energie sowie zur Informations- und Kommunikationstechnologie.